

**Antrag 49/I/2021****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Corona verlangt mehr von uns: Kindeswohlgefährdungen effektiv begegnen!**

1 Die Zahl der Missbrauchsfälle Kinder und Jugendlicher in  
 2 Deutschland ist besorgniserregend hoch, das Kindeswohl  
 3 Vieler ist gefährdet. Aktuell aufgedeckte Missbrauchsfäl-  
 4 le wie aus Münster verdeutlichen, dass die Strukturen  
 5 der Jugendämter so löchrig sind, dass fehlende Kommuni-  
 6 kation und fehlende bundesländerübergreifende Koope-  
 7 rationen dazu geführt haben, dass auf Missbrauchsfälle  
 8 bzw. Kindeswohlgefährdungen viel zu spät reagiert wur-  
 9 de, obschon diese bekannt waren. Hier zeigt sich ein-  
 10 mal wieder, dass der Sparkurs der Landesregierungen  
 11 und Kommunen bundesweit dafür gesorgt hat, dass auch  
 12 in 2021 eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen in  
 13 Deutschland, deren Dunkelziffer dramatisch höher ver-  
 14 mutet wird als in den Kriminalstatistiken erfasst, nicht be-  
 15 hutsam aufwachsen.  
 16  
 17 Ob eine Gefährdung des Kindeswohls vorliegt, ist nicht  
 18 immer offensichtlich erkennbar. Gewalt gegen Kinder  
 19 umfasst vor allem auch die psychische Gewalt und Ver-  
 20 wahrlosung, die nur bei genauem Hinschauen und Aus-  
 21 einandersetzen mit dem Kind erkannt werden kann. Vie-  
 22 le Pädagog\*innen, Erzieher\*innen und Lehrer\*innen, die  
 23 stets um das Kindeswohl besorgt sind, berichten an die  
 24 Jugendämter und stellen Anträge auf individuelle Unter-  
 25 stützung. Diese werden jedoch in einer Vielzahl abgelehnt  
 26 oder ungenügend bearbeitet. Die Berichte und Anträge  
 27 erfolgen auf Engagement des jeweiligen Mitarbeitenden  
 28 und der Einrichtung. Dies sollte jedoch Teil des Aufgaben-  
 29 spektrums und eine verpflichtende, grundlegende Aufga-  
 30 be sein, um eine engmaschige Betreuung und Sicherstel-  
 31 lung des Kindeswohls wahren zu können.  
 32  
 33 Es ist untragbar, wenn diese Betreuung und Umsorge  
 34 nur aufgrund persönlichen Engagements erfolgt. Auch  
 35 wenn die Mitarbeiter\*innen ohnehin genug Aufgaben ha-  
 36 ben, sollte dies keine Ursache dafür sein, Kindeswohlge-  
 37 fährdungen nicht nachzugehen. Daher ist auch die Auf-  
 38 stockung des Personals und der beauftragten Personen  
 39 unerlässlich, um zu gewährleisten, dass ein\*e Mitarbei-  
 40 ter\*in sich angemessen um den einzelnen Sachverhalt  
 41 kümmern und sich so Kindeswohlgefährdungen widmen  
 42 kann, um einzelnen Kindern und Familien aus der Krise zu  
 43 helfen.  
 44  
 45 In der Realität kommt dies leider zu kurz. Hierfür sind  
 46 häufig Kapazitätsmangel und Finanzierungsschwierigkei-  
 47 ten die Begründung. Mitarbeiter\*innen der Jugendämter  
 48 sind mit der Masse der ihnen zugewiesenen Fälle über-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Wir fordern:**

- sicherzustellen, dass Sozialarbeiter\*innen in den Jugendämtern im Regionalsozialpädagogischen Dienst bzw. vergleichbaren Stellen der Familienfürsorge nicht mehr als 65 Fälle bearbeiten. Davon sollen etwa ein Drittel auf Fälle des Kinderschutzes fallen, zwei Drittel der Fälle umfassen Hilfen zur Erziehung.
- sicherzustellen, dass Erzieher\*innen und Lehrer\*innen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe den verpflichtenden Vorgaben zur Meldung von Kinderschutzfällen folgen und das vorgegebene Fachverfahren nach Paragraph 8a SGB VIII strikt einhalten. Dies beinhaltet, die zügige und gründliche Abklärung des Verdachts auf Kindeswohlgefährdung, die schriftliche Meldung an die geeignete ausgebildete Fachkräfte der Jugendhilfe sowie die Kooperation mit den Fachkräften zur Unterstützung des Kindes Schul- oder Kitaalltag bzw. in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.
- die Erarbeitung einer gezielten Handlungsempfehlung für alle öffentlichen Stellen zur Erkennung psychische und physische Gewalt gegenüber Kindern, welche die pandemiebedingt aufgekommenen Gegebenheiten und Umstände berücksichtigt und den öffentlichen Stellen so eine Hilfestellung leistet.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Aufstockung der Stellen bei den Regionalen Sozialen Diensten (RSD) in den letzten Jahren erfolgt ist. Der größte Handlungsbedarf liegt bei der Besetzung dieser Stellen. Die Stellen im RSD müssen attraktiver werden, z.B. durch höhere Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen und ein attraktiveres Arbeitsumfeld.

49 fordert und können so dem Einzelfall nicht gerecht wer-  
50 den. Die Corona-Situation hat diese Lage nochmals ver-  
51 schärft, sodass ein akuter Handlungsbedarf besteht. Die  
52 Strukturen der Jugendämter und beauftragten Organisa-  
53 tionen bedürfen sowohl finanzielle als auch strukturel-  
54 le Veränderungen, um ein sicheres Aufwachsen für jedes  
55 Kind und jeden Jugendlichen zu sichern, nicht nur in Coro-  
56 nazeiten.

57

58 **Wir fordern daher:**

- 59 • die Jugendämter sowie städtischen und nicht städti-  
60 schen Einrichtungen, die mit der Aufgabe der  
61 Überprüfung des Kindeswohl beauftragt sind, mit  
62 Personal soweit aufzustocken, dass die Anzahl der  
63 Kinder pro Sachbearbeiter\*in nicht höher als 50 ist;
- 64 • die Erhöhung des Budgets für die Finanzierung eines  
65 großen Teils der eingehenden Anträge für Hilfsmitt-  
66 el und Fördermaßnahmen;
- 67 • Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schulen für  
68 Kinder von bis zu 14 Jahren zu einer vierteljährlichen  
69 Beobachtungsprotokoll/ Feststellungsprotokoll an-  
70 zuhalten, wenn ein Anfangsverdacht auf eine Kin-  
71 deswohlgefährdung vorliegt: Die Erzieherinnen und  
72 Lehrerinnen sollen ihren Vorgesetzten gegenüber  
73 die Gründe für die Annahme der Kindeswohlgefähr-  
74 dung schriftlich darlegen. Für die schriftliche Beob-  
75 achtung sollen inhaltliche Vorgaben vom Jugend-  
76 amt zur Verfügung gestellt werden.
- 77 • eine gezielte Sensibilisierung für alle öffentlichen  
78 Stellen, wie psychische und physische Gewalt ge-  
79 genüber einem Kind erkannt und überprüft wird.
- 80 • Bereitstellung von Dolmetschdiensten zur unein-  
81 geschränkten Kommunikation mit Kindern, die der  
82 deutschen Sprache nicht bzw. nicht ausreichend  
83 mächtig sind
- 84 • den finanziellen und räumlichen Ausbau von be-  
85 stehenden Kinderschutzzambulanzen.